

PRÜFUNGS- UND STUDIENORDNUNG FÜR DAS ZUSATZSTUDIUM ANGEWANDTE SPRECHWISSENSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT REGENSBURG

VOM 10. FEBRUAR 2021

Aufgrund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 58 Abs. 1 Satz 1 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Universität Regensburg folgende Prüfungs- und Studienordnung:

Vorbemerkung zum Sprachgebrauch:

Die in dieser Ordnung verwendeten Amts-, Personen- und Funktionsbezeichnungen schließen alle Geschlechter (männlich, weiblich, divers) ein. Dies gilt auch, wenn nur die weibliche und männliche Form angesprochen wird.

Inhaltsübersicht

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich, Ziel des Zusatzstudiums
- § 2 Studienbeginn, Regelstudienzeit, Studienangebot
- § 3 Qualifikation, Eignungsfeststellungsverfahren
- § 4 Studienberatung
- § 5 Leistungspunktesystem und Punktekonto
- § 6 Lehrveranstaltungen, Studien- und Prüfungsleistungen
- § 7 Module
- § 8 Prüfungsausschuss
- § 9 Prüfende und Beisitzende
- § 10 Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht
- § 11 Anrechnung von Kompetenzen
- § 12 Berücksichtigung besonderer Lebenssituationen
- § 13 Besondere Belange Studierender mit Behinderung oder chronischer Erkrankung

II. Spezielle Prüfungsvorschriften

- § 14 Bestandteile und Gliederung des Zusatzstudiums
- § 15 Form und Verfahren von Modulprüfungen
- § 16 Prüfungstermine, Anmeldung zu Modulprüfungen
- § 17 Schriftliche Modulprüfungen
- § 18 Mündliche Modulprüfungen
- § 19 Praktische Modulprüfungen
- § 20 Prüfungsfristen
- § 21 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 22 Wiederholbarkeit von Modulprüfungen
- § 23 Mängel im Prüfungsverfahren
- § 24 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 25 Bestehen, Zertifikat
- § 26 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 27 Einsicht in die Prüfungsunterlagen

III. Schlussvorschriften

- § 28 In-Kraft-Treten, Übergangsvorschriften

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich, Ziel des Zusatzstudiums

- (1) ¹Die Universität Regensburg bietet unter der fachlich-inhaltlichen Verantwortung der Fakultät für Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften das Zusatzstudium „Angewandte Sprechwissenschaft“ an. ²Die vorliegende Prüfungs- und Studienordnung regelt den zur Verleihung des Zertifikats notwendigen Erwerb von Studien- und Prüfungsleistungen dieses Zusatzstudiums.
- (2) Ziel der Ausbildung ist die Vermittlung vertiefter Kenntnisse und Fertigkeiten der Sprechwissenschaft in den Anwendungsbereichen Rhetorik, Phonetik und Sprechkunst zur Anwendung im späteren Berufsleben.
- (3) Durch das Zertifikat „Angewandte Sprechwissenschaft“ wird nachgewiesen, dass die Absolventen und Absolventinnen in der Lage sind, mündliche Kommunikationsprozesse im rhetorischen, phonetischen und sprechkünstlerischen Kontext zu beschreiben, aktiv zu gestalten und zu vermitteln.
- (4) Das Lehr- und Prüfungsangebot für dieses Zusatzstudium wird vom Lehrgebiet Mündliche Kommunikation am Zentrum für Sprache und Kommunikation (ZSK) getragen bzw. koordiniert und vom Institut für Germanistik der Fakultät für Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften wissenschaftlich begleitet.

§ 2

Studienbeginn, Regelstudienzeit, Studienangebot

- (1) ¹Das Zusatzstudium kann nur im Sommersemester begonnen werden. ²Es erfolgt studienbegleitend außerhalb bestehender Studiengänge. ³Die Regelstudienzeit beträgt sechs Semester.
- (2) ¹Das Zusatzstudium ist modular aufgebaut. ²Es umfasst das Absolvieren der gemäß § 14 vorgesehenen Module.
- (3) Zum erfolgreichen Abschluss des Zusatzstudiums sind insgesamt 50 Leistungspunkte (LP) erforderlich.

§ 3

Qualifikation, Eignungsfeststellungsverfahren

- (1) Voraussetzungen für die Aufnahme in dieses Zusatzstudium sind die Immatrikulation als ordentlicher Studierender oder ordentliche Studierende an der Universität Regensburg und ein erfolgreich absolviertes Eignungsfeststellungsverfahren gemäß Absatz 2.
- (2) ¹Das Eignungsfeststellungsverfahren besteht aus einer Gruppenphase (Nr. 1), einem sprechkünstlerischen Vortrag (Nr. 2) und einem Auswahlgespräch (Nr. 3):
 1. ¹In der ca. 40 bis 50-minütigen Gruppenphase wird unter mindestens vier und höchstens sechs Bewerbern und Bewerberinnen gemeinsam ein beliebiges kontroverses Thema ausge-

wählt und bearbeitet, wobei die Bewerber und Bewerberinnen zunächst jeweils ein ca. zwei-minütiges eigenes Statement zu dem jeweiligen Thema abgeben (Prüfungsteil 1) und im Anschluss in eine Gruppendiskussion eingetreten wird (Prüfungsteil 2). ²In der zweiteiligen Gruppenphase wird überprüft, ob bereits Fertigkeiten im Bereich der Phonetik, Rede- und Gesprächsrhetorik vorhanden sind, die es ermöglichen, die formulierten Lernziele zu erreichen und die einen erfolgreichen Abschluss des Zusatzstudiums erwarten lassen.

2. ¹Anschließend wird von den Bewerbern und Bewerberinnen ein selbst ausgewählter vorbereiteter literarischer Text mit einer Länge von höchstens zwei Minuten sprechkünstlerisch vorgetragen (Prüfungsteil 3). ²Im Rahmen des Vortrags wird überprüft, ob bereits Fertigkeiten im Bereich der sprechkünstlerischen Kommunikation vorhanden sind, die es ermöglichen, die formulierten Lernziele zu erreichen und die einen erfolgreichen Abschluss des Zusatzstudiums erwarten lassen.
3. ¹Das abschließende Auswahlgespräch findet als zehnminütiges Einzelgespräch mit dem jeweiligen Leiter oder der jeweiligen Leiterin des Lehrgebiets Mündliche Kommunikation sowie einem weiteren Prüfer oder einer weiteren Prüferin statt (Prüfungsteil 4). ²In dem Auswahlgespräch wird insbesondere überprüft, ob der Bewerber oder die Bewerberin über Problembewusstsein in Fragestellungen mündlicher Kommunikation verfügt.

²In jedem der vier Prüfungsteile nach Satz 1 Nrn. 1 bis 3 werden die zu überprüfenden Kompetenzen durch zwei Prüfer oder Prüferinnen jeweils mittels einer Punktskala von 1 – 15 bewertet und die jeweils vergebenen Punktzahlen anschließend gemittelt. ³Die Eignung ist nachgewiesen, wenn in jedem der vier Prüfungsteile mindestens acht Punkte erreicht wurden; Bewerber und Bewerberinnen, die in einem der vier Prüfungsteile weniger als acht Punkte erreicht haben, sind nicht geeignet. ⁴Das Ergebnis des Eignungsfeststellungsverfahrens wird dem Bewerber oder der Bewerberin schriftlich mitgeteilt; ablehnende Bescheide sind mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ⁵Die Wiederholung des Eignungsfeststellungsverfahrens ist einmal möglich.

- (3) Anträge auf Zulassung zum Zusatzstudium „Angewandte Sprechwissenschaft“ und zum Eignungsfeststellungsverfahren sind unter Vorlage geeigneter Nachweise (ggf. nachzureichende) Immatrikulationsbescheinigung für das Semester, in welchem das Zusatzstudium aufgenommen werden soll) bis zum 15. Januar (Ausschlussfrist) an den Prüfungsausschuss zu stellen.
- (4) Die Prüfung des Vorliegens der Voraussetzung gemäß Abs. 1 obliegt dem Prüfungsausschuss.

§ 4

Studienberatung

Den Studierenden wird neben der Zentralen Studienberatung auch eine speziell auf das Zusatzstudium bezogene Studienberatung angeboten, welche insbesondere vor Aufnahme des Zusatzstudiums, in allen Fragen der Studienplanung, bei Fragen zur Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie nach nicht bestandenen Prüfungen in Anspruch genommen werden kann.

§ 5

Leistungspunktesystem und Punktekonto

- (1) ¹Die im Rahmen dieses Zusatzstudiums vergebenen Leistungspunkte bemessen die für das erfolgreiche Ablegen eines Moduls erforderliche Arbeitslast. ²Sie werden auf Grundlage des European Credit Transfer Systems (ECTS) vergeben; danach entspricht ein Leistungspunkt einer Arbeitsbelastung der Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 25 bis maximal 30 Stunden.

- (2) ¹Leistungspunkte werden für den erfolgreichen Abschluss eines Moduls vergeben. ²Sie können innerhalb des Zusatzstudiums nur einmal angerechnet werden.
- (3) ¹Für alle Studierenden wird vom Prüfungssekretariat Geisteswissenschaften ein Leistungspunktekonto über sämtliche Module einschließlich der zu ihrem erfolgreichen Abschluss abgelegten Studien- und Prüfungsleistungen geführt. ²Der oder die Studierende kann über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität Regensburg jederzeit Einblick in den Stand seines oder ihres Kontos nehmen. ³Bei Abbruch oder endgültigem Nichtbestehen des Zusatzstudiums erhält der oder die Studierende auf Antrag einen Auszug seines oder ihres Kontos als Studiennachweis; dieser enthält die erreichten Leistungspunkte sowie die erfolgreich absolvierten Module und lässt erkennen, ob noch ein Prüfungsanspruch besteht.

§ 6

Lehrveranstaltungen, Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Für die Vermittlung der Ziele und Inhalte des Zusatzstudiums sind folgende Lehrveranstaltungsformen vorgesehen:

Übungen (Ü)

Seminare (S)

Kombination aus Seminar und Übung (S/Ü)

Vorlesungen (V)

²Alle Lehrveranstaltungen sind Modulen (§ 7) zugeordnet. ³Die Zuordnung ergibt sich aus dem Modulkatalog (§ 7 Abs. 5).

- (2) ¹Studienleistungen im Sinne dieser Ordnung sind Aufgaben, die in der Regel im Rahmen von Lehrveranstaltungen zu erbringen sind; sie können nach näherer Maßgabe von § 14 auch als Zulassungsvoraussetzung zu einer Modulprüfung festgelegt werden. ²Sie unterliegen nicht den Bestimmungen über Prüfungen gemäß Abschnitt II dieser Ordnung und sind beliebig oft wiederholbar. ³Studienleistungen können insbesondere sein: Präsentationen, Übungsaufgaben, praxisorientierte Übungen und sprechkünstlerische Vorträge.
- (3) Prüfungen bzw. Prüfungsleistungen im Sinne dieser Ordnung sind die Modulprüfungen.

§ 7

Module

- (1) ¹Ein Modul ist eine mit Leistungspunkten versehene, abprüfbare Einheit, die Stoffgebiete thematisch auf einer bestimmten Niveaustufe zusammenschließt. ²Es soll in der Regel einen Umfang von mindestens fünf LP aufweisen und in maximal zwei Semestern absolviert werden können. ³Module können benotet oder unbenotet sein.
- (2) ¹Für jedes Modul werden die zu vermittelnden Inhalte, die zu erwerbenden Kompetenzen sowie die Voraussetzungen für die Vergabe der dem Modul pauschal zugeordneten Leistungspunkte festgelegt. ²Die Vergabe der für ein Modul festgesetzten Leistungspunkte erfolgt nach erfolgreichem Abschluss des Moduls. ³Voraussetzungen für den erfolgreichen Abschluss eines Moduls sind:
- a) eine bestandene Modulprüfung gemäß § 14 und/oder

b) absolvierte Studienleistungen gemäß § 6 Abs. 2.

- (3) ¹Für den erfolgreichen Abschluss eines Moduls soll in der Regel nur eine Prüfungsleistung im Sinne von § 6 Abs. 3 erforderlich sein. ²In fachlich begründeten Ausnahmefällen dürfen bis zu drei Prüfungsleistungen pro Modul verbindlich vorgesehen werden; dabei soll eine Gesamtprüfungsbelastung von durchschnittlich sechs Leistungen pro Semester nicht überschritten werden.
- (4) Das Zusatzstudium umfasst Pflichtmodule, die zu absolvieren und erfolgreich abzuschließen sind.
- (5) ¹Die einzelnen dem Modul zugeordneten Veranstaltungen, die zu vermittelnden Inhalte und zu erwerbenden Kompetenzen, die konkreten Voraussetzungen für die Vergabe der dem Modul zugeordneten Leistungspunkte sowie die modulspezifischen Bewertungsregeln sowie gegebenenfalls empfohlene Vorkenntnisse für die Teilnahme an einem Modul werden den Studierenden in einem Modulkatalog mitgeteilt. ²Der Modulkatalog wird vom Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit dem Fakultätsrat der Fakultät für Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften verabschiedet; er kann jeweils frühestens nach Ablauf von zwei Semestern geändert werden. ³Die Bekanntmachung des Modulkatalogs erfolgt spätestens eine Woche vor Semesterbeginn auf den Internetseiten der Universität.

§ 8

Prüfungsausschuss

- (1) ¹Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen, die Bestellung der Prüfenden und Beisitzenden sowie die Entscheidung in Prüfungssachen wird ein Prüfungsausschuss gebildet. ²Er besteht aus drei Mitgliedern, die als Prüfer oder Prüferinnen selbst an diesem Zusatzstudium mitwirken können. ³Der Leiter oder die Leiterin des Lehrgebiets Mündliche Kommunikation und Sprecherziehung und der Leiter oder die Leiterin des Zentrums für Sprache und Kommunikation sind Mitglieder des Prüfungsausschusses. ⁴Der Leiter oder die Leiterin des Lehrgebiets Mündliche Kommunikation und Sprecherziehung ist Vorsitzender oder Vorsitzende des Prüfungsausschusses, der Leiter oder die Leiterin des Zentrums für Sprache und Kommunikation seine oder ihre Stellvertretung. ⁵Ein weiteres Mitglied wird durch den Fakultätsrat der Fakultät für Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften für eine Amtszeit von drei Jahren bestellt; eine Wiederbestellung ist möglich.
- (2) ¹Der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses führt die laufenden Geschäfte und beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. ²Er oder sie ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen und Maßnahmen allein zu treffen. ³Davon unterrichtet er oder sie den Prüfungsausschuss unverzüglich. ⁴Der Prüfungsausschuss kann dem oder der Vorsitzenden, dessen oder deren Stellvertretung oder dem Zentralen Prüfungssekretariat widerruflich die Erledigung weiterer Aufgaben übertragen.
- (3) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder unter Einhaltung einer mindestens dreitägigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit anwesend und stimmberichtig ist; er beschließt mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ²Stimmhaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. ³Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des oder der Vorsitzenden den Ausschlag. ⁴Über die Sitzung ist ein Protokoll zu führen, welches Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Personen,

die behandelten Gegenstände sowie Anträge, Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten muss. ⁵Alternativ zu Satz 1 kommt in geeigneten Fällen eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren, auch in elektronischer Form, in Betracht.

- (4) ¹Der Prüfungsausschuss erlässt die nach dieser Prüfungsordnung erforderlichen Bescheide schriftlich mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung. ²Dem oder der Studierenden ist vor Erlass einer ihn oder sie beschwerenden Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (5) Das Zentrale Prüfungssekretariat unterstützt den Prüfungsausschuss bei der Organisation und Durchführung der Prüfungen.

§ 9

Prüfende und Beisitzende

- (1) ¹Zu Prüfenden können alle nach dem Bayerischen Hochschulgesetz (BayHSchG) sowie nach der Hochschulprüferverordnung (HSchPrüferV) in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Hochschulprüfungen Befugten bestellt werden. ²Als Beisitzer oder Beisitzerin kann jedes Mitglied der Universität Regensburg herangezogen werden, das einen entsprechenden oder vergleichbaren wissenschaftlichen Studiengang erfolgreich abgeschlossen hat. ³Die Beisitzer und Beisitzerinnen selbst prüfen nicht.
- (2) ¹Scheidet ein prüfungsberechtigtes Mitglied aus der Universität Regensburg aus, so kann der Prüfungsausschuss auf dessen Antrag hin beschließen, dass er oder sie noch eine angemessene Zeit als Prüfer oder Prüferin tätig ist. ²In der Regel soll die Prüfungsberechtigung bis zu zwei Jahre erhalten bleiben.
- (3) Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel des Prüfers oder der Prüferin ist zulässig.

§ 10

Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.
- (2) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses, der Prüfenden, der Prüfungsbeisitzer und -beisitzerinnen und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 18 Abs. 2 BayHSchG.

§ 11

Anrechnung von Kompetenzen

- (1) ¹Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines Studiengangs an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind, sind anlässlich der Aufnahme des Zusatzstudiums, der Fortsetzung des Zusatzstudiums und der Ablegung von Prüfungen an-

zurechnen, außer es bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen (Lernergebnisse). ²Gleiches gilt für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von sonstigen Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nrn. 1 und 2 BayHSchG, in speziellen Studienangeboten nach Art. 47 Abs. 3 Satz 1 BayHSchG oder an der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht worden sind.

- (2) ¹Kompetenzen, die im Rahmen sonstiger weiterbildender Studien nach Art. 56 Abs. 6 Nr. 3 BayHSchG oder außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, können angerechnet werden, wenn sie gleichwertig sind. ²Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen dürfen höchstens die Hälfte der nachzuweisenden Kompetenzen ersetzen.
- (3) ¹Entspricht bei der Anrechnung im Ausland erbrachter Studien- und Prüfungsleistungen das Notensystem der ausländischen Hochschule nicht § 21, so wird die Note der anzurechnenden Prüfungsleistung entsprechend einem universitätsweit geltenden Notenumrechnungsschlüssel ermittelt. ²Sofern im Rahmen von Partnerschaftsabkommen mit ausländischen Hochschulen ein Notenumrechnungsschlüssel vereinbart worden ist, ist dieser bindend.
- (4) ¹Die Anrechnung von Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen setzt einen schriftlichen Antrag des oder der Studierenden voraus. ²Der Antrag ist unter Beifügung der entsprechenden Unterlagen an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu richten. ³Zu den einzureichenden Unterlagen gehören insbesondere der Modulkatalog, aus welchem sich unter anderem die Qualifikationsziele, Lerninhalte und der Arbeitsumfang ergeben müssen, sowie das der Bewertung des Moduls zugrundeliegende Notensystem. ⁴Ein Antrag auf Anrechnung von früheren Studien- und Prüfungsleistungen kann nur einmal und zwar innerhalb des ersten Semesters nach (Wieder-)Aufnahme des Zusatzstudiums an der Universität Regensburg gestellt werden. ⁵Bei späterem Erwerb muss der Antrag innerhalb eines Semesters gestellt werden. ⁶Mit dem Antritt der zu ersetzenden Prüfung ist die Anrechnung ausgeschlossen. ⁵Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anerkennung entscheidet der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit der zuständigen Fachvertretung unter Beachtung von Art. 63 BayHSchG.

§ 12

Berücksichtigung besonderer Lebenssituationen

- (1) ¹Auf Antrag ist bei Fristen und Terminen die Inanspruchnahme der Schutzfristen entsprechend den §§ 3, 4, 5 und 6 des Mutterschutzgesetzes vom 23. Mai 2017 in der jeweils geltenden Fassung sowie der Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit vom 5. Dezember 2006 in der jeweils geltenden Fassung zu gewährleisten. ²Die entsprechenden Nachweise sind zu führen; Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen.
- (2) ¹Auf Prüfungsfristen werden auf Antrag Studienzeiten nicht angerechnet, in denen ein ordnungsgemäßes Studium aus von dem oder der Studierenden nicht zu vertretenden Gründen nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist. ²Nicht zu vertretende Gründe sind insbesondere Krankheit oder die häusliche Pflege schwer erkrankter Angehöriger. ³Die entsprechenden Nachweise sind unverzüglich zu führen, insbesondere sind ärztliche Atteste, in Zweifelsfällen amtsärztliche Atteste, vorzulegen. ⁴Änderungen in den Voraussetzungen sind unverzüglich mitzuteilen.
- (3) ¹Schwangeren kann in Prüfungen auf schriftlichen Antrag insbesondere eine Pause gewährt werden. ²Eine ärztliche Bescheinigung ist vorzulegen, aus der sich ergibt, dass wegen der

Schwangerschaft die Prüfung in der vorgesehenen Dauer nicht erbracht werden kann. ³§ 13 Abs. 3 gilt entsprechend.

- (4) Es wird empfohlen, die familienfreundlichen Studien- und Prüfungsregelungen – Richtlinien der Universität Regensburg – in der jeweils gültigen Fassung grundsätzlich zu berücksichtigen.

§ 13

Besondere Belange Studierender mit Behinderung oder chronischer Erkrankung

- (1) ¹Die besondere Lage von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ist in angemessener Weise zu berücksichtigen. ²Weist der oder die Studierende nach, dass er oder sie wegen einer Behinderung oder chronischen Erkrankung nicht in der Lage ist, Studien- und Prüfungsleistungen gemäß § 6 ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der vorgegebenen Frist abzulegen, gestattet der Prüfungsausschuss die Verlängerung der Bearbeitungszeit bzw. der Fristen für das Ablegen von Studien- und Prüfungsleistungen oder das Ablegen gleichwertiger Prüfungs- und Studienleistungen in einer bedarfsgerechten Form.
- (2) Wenn absehbar ist, dass das Zusatzstudium in der vorgesehenen Form oder Zeit aufgrund von Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht durchgeführt werden kann, besteht die Möglichkeit, in Absprache mit der zuständigen Fachstudienberatung und dem Prüfungsausschuss einen Studienplan aufzustellen, der sich an dem individuell eingeschränkten Leistungsvermögen orientiert.
- (3) ¹Der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses entscheidet über Fälle gemäß Abs. 1 und 2 auf schriftlichen Antrag, der in der Regel spätestens acht Wochen vor Prüfungsbeginn zu stellen ist, und teilt die Entscheidung dem oder der Studierenden schriftlich mit. ²Im Antrag nach Satz 1 kann sich der oder die Studierende zugleich dafür aussprechen, dass vor einer ablehnenden Entscheidung der oder die Senatsbeauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung anzuhören ist. ³Die Bescheide des Prüfungsausschusses sind bei der Anmeldung zu und Ablegung der Prüfungen vorzulegen.
- (4) Zum Nachweis einer Behinderung oder chronischen Erkrankung ist ein ärztliches Attest, in Zweifelsfällen ein amtsärztliches Attest, vorzulegen.

II. Spezielle Prüfungsvorschriften

§ 14

Bestandteile und Gliederung des Zusatzstudiums

Für den erfolgreichen Abschluss des Zusatzstudiums sind folgende Module im Umfang von insgesamt 50 LP nachzuweisen:

- ASW – M 01: Grundlagen der mündlichen Kommunikation (5 LP, Modulprüfung: Klausur)
- ASW – M 02: Phonetik (5 LP, Modulprüfung: Klausur)
- ASW – M 03: Angewandte Phonetik (5 LP, Modulprüfung: Vortrag)
- ASW – M 04: Rhetorische Kommunikation (10 LP, Modulprüfung: Mündliche Prüfung)
- ASW – M 05: Sprechkünstlerische Kommunikation (10 LP, Modulprüfung: Hausarbeit und Vortrag)

ASW – M 06: Didaktik der mündlichen Kommunikation (5 LP, Modulprüfung: Hausarbeit und Praktische Prüfung)

ASW – M 07: Sprach- und Sprechstörungen (5 LP, Modulprüfung: Klausur)

ASW – M 08: Empirisches Arbeiten in der Sprechwissenschaft (5 LP, Modulprüfung: Hausarbeit)

§ 15

Form und Verfahren von Modulprüfungen

- (1) Die Prüfungen erfolgen studienbegleitend in Form von erfolgreich absolvierten Modulen gemäß § 7 Abs. 2.
- (2) ¹In der Modulprüfung soll festgestellt werden, ob der oder die Studierende die im Modulkatalog konkret spezifizierten Qualifikations- und Kompetenzziele des Moduls erreicht hat. ²In fachlich begründeten Ausnahmefällen können im Rahmen der Modulprüfung bis zu zwei Kompetenzbereiche des Moduls getrennt voneinander abgeprüft werden; jede dieser Teilleistungen ist eine Prüfungsleistung gemäß § 7 Abs. 3 Satz 2. ³Das Prüfungsergebnis wird gemäß § 21 benotet. ⁴In besonders begründeten Fällen können auch mehrere Module mit einer Modulprüfung abgeschlossen werden.
- (3) ¹Die konkrete Ausgestaltung (Prüfungsbestandteile, Prüfungsform, jeweilige Dauer und Inhalt) der Modulprüfungen wird den Studierenden im Modulkatalog bekannt gegeben. ²Die Bekanntgabe des jeweils geltenden Modulkatalogs erfolgt spätestens eine Woche vor Semesterbeginn auf den Internetseiten der Universität.
- (4) Voraussetzung für das erstmalige Ablegen einer Modulprüfung ist die Immatrikulation als Studierender oder Studierende an der Universität Regensburg für das Zusatzstudium Angewandte Sprechwissenschaft.

§ 16

Prüfungstermine, Anmeldung zu Modulprüfungen

- (1) ¹Modulprüfungen werden mindestens einmal in dem Zeitraum, in dem das Modul stattfindet, abgehalten. ²Wiederholungsprüfungen finden in der Regel im auf die Erstprüfung folgenden Semester statt. ³Die konkreten Prüfungstermine werden den Studierenden über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität Regensburg bekannt gegeben.
- (2) ¹Die Anmeldung zur Prüfung erfolgt in der Regel über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität Regensburg. ²Ist eine elektronische Anmeldung nicht möglich, muss innerhalb der Anmeldefrist eine schriftliche Anmeldung bei dem jeweiligen Prüfer oder der jeweiligen Prüferin erfolgen.

§ 17

Schriftliche Modulprüfungen

- (1) Schriftliche Modulprüfungen können in Form von Klausuren und Hausarbeiten erfolgen.
- (2) ¹Im Rahmen einer Klausur sollen die Studierenden unter Aufsicht nachweisen, dass sie in der Lage sind, auf der Basis des erworbenen Wissens und mit den gängigen Methoden des Faches

in begrenzter Zeit Aufgaben schriftlich zu lösen und Themen zu bearbeiten. ²Wird eine schriftliche Prüfung in Form einer Klausur abgehalten, beträgt die Prüfungsdauer mindestens 45 und höchstens 90 Minuten. ³Es ist ein Protokoll anzufertigen. ⁴Der oder die Aufsichtführende hat die Richtigkeit durch Unterschrift zu bestätigen. ⁵In das Protokoll sind alle Vorkommnisse einzutragen, welche für die Feststellung der Prüfungsergebnisse von Belang sein können. ⁶Das Verlassen des Prüfungsraumes ist nur mit Erlaubnis des oder der Aufsichtführenden zulässig; Uhrzeit und Dauer der Abwesenheit sind auf der Arbeit oder im Protokoll zu vermerken.

- (3) ¹Wird eine schriftliche Modulprüfung in Form einer Hausarbeit abgehalten, beträgt der Bearbeitungsumfang zwischen 2500 und 3000 Wörtern und die Bearbeitungsdauer mindestens (Modul ASW – M08) oder höchstens (Modul ASW- M 05 und ASW – M 06) sechs Wochen.
- (4) ¹Wird eine schriftliche Prüfung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, ist sie von einem zweiten Prüfer oder einer zweiten Prüferin zu bewerten. ²Die Gesamtnote wird gemäß § 21 festgesetzt.

§ 18

Mündliche Modulprüfungen

- (1) Mündliche Modulprüfungen können in Form von mündlichen Prüfungen und Vorträgen erfolgen.
- (2) ¹Im Rahmen einer mündlichen Prüfung weisen Studierende nach, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennen und Fragestellungen in diese Zusammenhänge einordnen können. ²Im Rahmen eines Vortrags weisen Studierende nach, dass sie die rhetorischen, phonetischen und sprechkünstlerischen Anforderungen der Angewandten Sprechwissenschaft erfüllen. ³Mündliche Prüfungen nach Satz 1 werden von einem Prüfer oder einer Prüferin und einem Beisitzer oder einer Beisitzerin als Einzelprüfung durchgeführt; die Prüfungsdauer beträgt mindestens zehn und höchstens 40 Minuten. ⁴Vorträge nach Satz 2 werden von einem Prüfer oder einer Prüferin und einem Beisitzer oder einer Beisitzerin durchgeführt und können auch als Gruppenprüfung stattfinden; die Prüfungsdauer pro Prüfling beträgt mindestens zehn und höchstens 15 Minuten.
- (3) ¹Über mündliche Modulprüfungen ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen sind: Ort und Zeit sowie Dauer, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen des Prüfers oder der Prüferin, des Beisitzers oder der Beisitzerin und des Kandidaten oder der Kandidatin sowie besondere Vorkommnisse. ²Das Protokoll wird von dem Prüfer oder der Prüferin und dem Beisitzer oder der Beisitzerin unterzeichnet. ³Die Noten für die mündlichen Modulprüfungsleistungen werden von dem Prüfer oder von der Prüferin gemäß § 21 festgesetzt.

§ 19

Praktische Modulprüfungen

- (1) Praktische Modulprüfungen können in Form einer fachdidaktischen Unterrichtseinheit erfolgen.
- (2) ¹Im Rahmen einer praktischen Modulprüfung weisen Studierende nach, dass sie auf Basis sprechwissenschaftlicher Modelle und Theorien anwendungsorientierte Seminare zur Rhetorik, Phonetik und Sprechkunst zielgruppenspezifisch planen und durchführen können. ²Praktische Modulprüfungen werden vor einem Prüfer oder einer Prüferin und einem Beisitzer oder einer

Beisitzerin durchgeführt. ³Die Prüfungsdauer beträgt mindestens 40 und höchstens 50 Minuten pro Prüfling.

- (3) ¹Über die praktische Modulprüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen sind: Ort und Zeit sowie Dauer, Gegenstand und Ergebnis der Prüfung, die Namen des Prüfers oder der Prüferin, des Beisitzers oder der Beisitzerin und des Kandidaten oder der Kandidatin sowie besondere Vorkommnisse. ²Das Protokoll wird von dem Prüfer oder der Prüferin und dem Beisitzer oder der Beisitzerin unterzeichnet. ³Die Noten für die praktischen Prüfungsleistungen werden von dem Prüfer oder der Prüferin gemäß § 21 festgesetzt.

§ 20 Prüfungsfristen

- (1) ¹Hat der Kandidat oder die Kandidatin die gemäß § 14 Abs. 1 zum erfolgreichen Ablegen des Zusatzstudiums erforderlichen 50 LP nicht bis zum Ende des achten Semesters erworben, so gilt die Zertifikatsprüfung als abgelegt und erstmals nicht bestanden, es sei denn, dem oder der Studierenden wurde aus Gründen, die er oder sie nicht zu vertreten hat, eine Nachfrist gewährt. ²Die Gründe sind von dem Kandidaten oder der Kandidatin unverzüglich geltend zu machen und nachzuweisen. ³Der schriftliche Antrag ist an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu adressieren und beim Prüfungssekretariat Geisteswissenschaften einzureichen; § 24 Abs. 3 gilt entsprechend. ⁴Nach Ablauf der Frist des Satz 1 noch nicht absolvierte Module gelten als abgelegt und erstmals nicht bestanden.
- (2) ¹Können die zum erfolgreichen Ablegen des Zusatzstudiums noch ausstehenden Leistungen nicht innerhalb des folgenden Semesters nachgewiesen werden, gilt das Zusatzstudium als endgültig nicht bestanden, es sei denn, dem oder der Studierenden wurde aus Gründen, die er oder sie nicht zu vertreten hat, eine Nachfrist gewährt. ²Abs. 1 Sätze 2 und 3 sowie § 22 Abs. 1 Satz 4 gelten entsprechend.

§ 21 Bewertung von Prüfungsleistungen

- (1) Die Prüfungsleistungen werden wie folgt benotet:

1 = sehr gut	eine hervorragende Leistung;
2 = gut	eine Leistung, die erheblich über den Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	eine Leistung, die den Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

- (2) ¹Zur differenzierten Bewertung der Leistungen können die Noten um 0,3 erhöht oder verringert werden. ²Die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.
- (3) ¹Besteht eine Prüfungsleistung aus mehreren Teilleistungen oder wird sie von mehreren Prüfern oder Prüferinnen bewertet, werden die Noten gemittelt; im Fall von § 15 Abs. 2 Satz 2 kann die Modulbeschreibung eine vom Grundsatz der Mittelung abweichende Festlegung der Mo-

dulnote vorsehen. ²Bei der Bildung von Durchschnittsnoten nach Satz 1 wird die erste Dezimalstelle nach dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

³Die Note der Prüfungsleistung lautet dann bei einem Durchschnitt

- bis 1,5 = sehr gut
- von 1,6 bis 2,5 = gut
- von 2,6 bis 3,5 = befriedigend
- von 3,6 bis 4,0 = ausreichend.

⁴Teilleistungen im Sinne von Satz 1 sind nur eigenständige (Modul-)Teilprüfungen; nicht selbstständige Prüfungsteile, insbesondere Aufgabenteile innerhalb derselben Prüfung, werden davon nicht erfasst.

- (4) Eine Prüfung ist erfolgreich absolviert, wenn die Note mindestens „ausreichend“ (4,0) ist.
- (5) Das Ergebnis einer Prüfung gilt dem Prüfungsteilnehmer oder der Prüfungsteilnehmerin mit Ablauf einer Woche nach Einstellung in das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität Regensburg als bekannt gegeben.

§ 22

Wiederholbarkeit von Modulprüfungen

- (1) ¹Jede erstmals nicht bestandene Modulprüfung kann zweimal wiederholt werden. ²Besteht die Modulprüfung aus Teilleistungen gemäß § 15 Abs. 2 Satz 2, ist nur die nicht bestandene Teilleistung zu wiederholen. ³Die erste Wiederholungsprüfung ist in der Regel innerhalb von sechs Monaten abzulegen, spätestens jedoch im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils folgenden Semesters. ⁴Die Frist wird durch Exmatrikulation und Beurlaubung nicht unterbrochen, es sei denn, die Beurlaubung erfolgte aufgrund eines Auslandssemesters. ⁵Weist der oder die Studierende nach, dass er oder sie aufgrund von nicht von ihm oder ihr zu vertretender Gründe an der Einhaltung der Frist gehindert war, so wird ihm oder ihr auf Antrag eine Nachfrist gewährt; § 20 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.
- (2) Die zweite Wiederholungsprüfung muss in der Regel spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe des Ergebnisses der nicht bestandenen ersten Wiederholungsprüfung abgelegt werden, sofern nicht dem Kandidaten oder der Kandidatin wegen besonderer, von ihm oder ihr nicht zu vertretender Gründe eine Nachfrist gewährt wird; Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.
- (3) Wird die Wiederholungsprüfung nicht bestanden, so ist die Prüfung endgültig nicht bestanden.
- (4) Die freiwillige Wiederholung einer bestandenen Modulprüfung ist nicht zulässig.

§ 23

Mängel im Prüfungsverfahren

- (1) War das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, ist auf Antrag eines Prüflings oder von Amts wegen anzuordnen, dass von einem bestimmten oder von allen Prüflingen die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt werden.

- (2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich bei dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder bei dem Prüfer oder der Prüferin geltend gemacht werden.
- (3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

§ 24

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) ¹Der Prüfling kann bis zu einer Frist von fünf Werktagen vor Beginn der Prüfung ohne Angabe von Gründen von der Prüfung zurücktreten. ²Die Abmeldung von der Prüfung erfolgt durch den Prüfling über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem der Universität. ³Ist eine Abmeldung über das elektronische Prüfungsverwaltungssystem nicht möglich, muss innerhalb der Frist aus Satz 1 eine schriftliche Abmeldung bei dem Prüfer oder der Prüferin erfolgen.
- (2) Erklärt der Prüfling nach Ablauf der Frist des Abs. 1 aus von ihm zu vertretenden Gründen den Rücktritt von der Prüfung oder versäumt er aus von ihm zu vertretenden Gründen die ganze oder einen Teil einer mehrteiligen Prüfung, so gilt die jeweilige Prüfung als abgelegt und wird mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (3) ¹Die für das Versäumnis oder den Rücktritt gemäß Abs. 2 geltend gemachten Gründe sind beim Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich anzuzeigen und nachzuweisen. ²Dasselbe gilt für eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit. ³Bei krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit ist ein ärztliches Attest vorzulegen, das grundsätzlich auf einer Untersuchung beruhen muss, die am Tag der geltend gemachten Prüfungsunfähigkeit erfolgt ist. ⁴In Zweifelsfällen kann ein amtsärztliches Attest verlangt werden. ⁵Erkennt der Prüfungsausschuss die vorgebrachten Gründe als ausreichend an, tritt die Rechtsfolge des Abs. 2 nicht ein und der Prüfling kann sich zum nächsten Prüfungstermin erneut für die Prüfung anmelden.
- (4) ¹Versucht der Prüfling das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung, Überschreiten der Bearbeitungszeit oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu eigenem oder fremdem Vorteil zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „ungenügend“ (6,0) bewertet. ²Eine Täuschung liegt bei Klausurarbeiten bereits dann vor, wenn nach Beginn der Prüfung unerlaubte Hilfsmittel am Arbeitsplatz vorgefunden werden. ³In wiederholten oder schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss entscheiden, dass entweder die nach Satz 1 vergebene Note mit der im Wiederholungsversuch erzielten Note zu 40 % verrechnet wird und so nach Maßgabe von § 25 Eingang in die Gesamtnote der Zertifikatsprüfung findet oder dem Prüfling keine Wiederholungsmöglichkeit gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 mehr eingeräumt wird und damit die Zertifikatsprüfung als endgültig nicht bestanden gilt. ⁴Die Sätze 1 und 3 gelten für Anrechnungen nach § 11 entsprechend.
- (5) ¹Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder der jeweiligen Prüferin oder dem oder der Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. ²In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss entscheiden, dass dem Prüfling keine Wiederholungsmöglichkeit nach § 22 mehr eingeräumt wird.

- (6) ¹Die Entscheidungen nach Abs. 2, 3, 4 und 5 sind dem Prüfling schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²§ 8 Abs. 4 Satz 2 findet Anwendung.

§ 25

Bestehen, Zertifikat

- (1) Das Zusatzstudium ist bestanden, wenn die in § 14 genannten Leistungen nachgewiesen sind.
- (2) ¹Das Zusatzstudium ist endgültig nicht bestanden, wenn
1. eines der erforderlichen Module endgültig nicht bestanden ist oder
 2. die zum erfolgreichen Absolvieren des Zusatzstudiums erforderlichen 50 LP wegen Fristablaufs gemäß § 20 Abs. 2 Satz 1 nicht mehr erbracht werden können.
- ²Hierüber erteilt der oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.
- (3) Die Gesamtnote der Zertifikatsprüfung setzt sich wie folgt zusammen:
- | | |
|--|-----------------|
| ASW – M 01 bis 03, ASW – M 05, ASW – M 07 und ASW – M 08 | zu jeweils 10 % |
| ASW – M 04 und ASW – M 06 | zu jeweils 20 % |
- (4) ¹Dem oder der Studierenden wird nach Vorlage der Belege über die erfolgreiche Absolvierung der Module auf Antrag ein Zertifikat ausgestellt, in dem die erfolgreich absolvierten Module, deren Noten und Leistungspunktzahlen sowie die Gesamtnote aufgeführt sind. ²Dem Zertifikat wird eine englischsprachige Übersetzung beigelegt.
- (5) Das Zertifikat wird von dem oder der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und dem Dekan oder der Dekanin der Fakultät für Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften mit Datum des Bestehens der letzten Prüfungsleistung unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät für Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften versehen.

§ 26

Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) Hat der Kandidat oder die Kandidatin bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zertifikats bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat oder die Kandidatin hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zertifikats bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Hat der Kandidat oder die Kandidatin die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.
- (3) Dem Kandidaten oder der Kandidatin ist vor einer Entscheidung des Prüfungsausschusses nach Abs. 1 oder 2 Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

- (4) ¹Das unrichtige Zertifikat ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zertifikats ausgeschlossen.

§ 27

Einsicht in die Prüfungsunterlagen

Einsicht in die Prüfungsunterlagen ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bei dem jeweiligen Prüfer oder der jeweiligen Prüferin möglich.

III. Schlussvorschriften

§ 28

In-Kraft-Treten, Übergangsvorschriften

¹Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. ²Sie gilt für alle Studierenden, die das Zusatzstudium „Angewandte Sprechwissenschaft“ ab dem Sommersemester 2021 aufnehmen. ³Studierende, die ab dem Sommersemester 2019 die Zusatzausbildung in Sprecherziehung gemäß der Prüfungs- und Studienordnung für die Zusatzausbildung in Sprecherziehung an der Universität Regensburg vom 7. August 2006, geändert durch Satzung vom 24. Juli 2009, aufgenommen haben, können auf schriftlichen Antrag, der an den Prüfungsausschuss zu richten und beim Prüfungssekretariat Geisteswissenschaften bis spätestens 15. Juni 2021 einzureichen ist, in diese Prüfungs- und Studienordnung wechseln.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Universität Regensburg vom 3. Februar 2021 und der Genehmigung des Präsidenten der Universität Regensburg vom 10. Februar 2021.

Regensburg, den 10. Februar 2021
Universität Regensburg
Der Präsident

Prof. Dr. Udo Hebel

Diese Satzung wurde am 10. Februar 2021 in der Hochschule niedergelegt; die Niederlegung wurde am 10. Februar 2021 durch Aushang in der Hochschule bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist daher der 10. Februar 2021.